

Asylunterkunft: Regierungsrat will in Adliswil bauen

aus der ZSZ, 8.5.20

Gleich beide EVP-Vertreter im Grossen Gemeinderat stellten an der Sitzung Fragen zur Notunterkunft Adliswil (NUK). Das Zentrum für abgewiesene Asylbewerber, eine Containeranlage, habe nur eine provisorische Baubewilligung bis März 2021, hielten Pascal Engel und Hanspeter Clesle fest. Der zuständige Stadtrat Renato Günthardt (SVP) blieb am Mittwoch vage bezüglich konkreter Fragen. Schliesslich liege der Ball beim Kanton, der die Unterkunft betreibe. Der Sozialvorsteher sagte aber, die Stadt habe grosses Interesse, dass der Kanton weiterhin am Standort festhalte. Günthardt nannte das am Mittwoch «wünschenswert».

Längerfristig solle das Zentrum nicht in der heutigen Form bestehen. Noch sei jedoch keine andere Lösung spruchreif. Ein Vorteil für Standortgemeinden: Sie müssen keine zusätzlichen Asylbewerber aufnehmen. Renato Günthardt konnte zumindest von anstehenden Gesprächen berichten, bei denen abgeklärt werden soll, ob beide Parteien die gleichen Interessen hätten.



Längerer Prozess

Regierungsrat Mario Fehr (SP) bestätigt gegenüber dieser Zeitung, dass die Interessen gleich sind. Der Kanton werde auch nach März 2021 an der Asylunterkunft in Adliswil festhalten. «Wir planen einen Neubau», sagt Fehr. Konkretes zur Art des Baus könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Es gebe überhaupt keinen Grund, den Standort aufzugeben. Die Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt Adliswil funktioniere ausgezeichnet und schon seit längerer Zeit, sagt der Sicherheitsdirektor, der selber in Adliswil wohnt. Angesichts der Prozesse, die ein Baugesuch durchlaufen muss, ist es kaum realistisch, dass im März ein Neubau bei der Steiner-Schule stehen wird. «Wahrscheinlich muss die provisorische Bewilligung verlängert werden», sagt Fehr.

Das Land, auf dem die NUK steht, gehört dem Kanton, ein anderer Standort in Adliswil sieht dieser nicht als sinnvoll an. Offen ist für Mario Fehr auch, ob das Zentrum weiterhin eine Notunterkunft für abgewiesene Asylsuchende bleiben soll oder, wie früher, wieder ein Durchgangszentrum sein könnte. In Letzterem wohnen Asylbewerber, die auf ihren Entscheid warten.

Kritik von links

Die engen Verhältnisse in den Containern wurden zuletzt von Hilfsorganisationen und Ärzten kritisiert. So sei es unmöglich, die nötigen Abstände einzuhalten. Eine erkrankte Bewohnerin sei zudem zu wenig isoliert worden. Die Sicherheitsdirektion wies alle Vorwürfe zurück. Unter anderem

hat auch die EVP Adliswil schon 2017 die Zustände zum Thema im Gemeinderat gemacht. Die NUK Adliswil ist eine von derzeit fünf Notunterkünften im Kanton. Sie ist für bis zu 140 Personen ausgelegt.